Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ postfrei frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¼jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6948.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 93. Halle a. S., Freitag den 21. April 1893. 4. Jahrg.

Parteigenossen!

Trügen nicht alle Anzeichen, so wird die Majorität des Reichstages die neue Militärvorlage verwerfen. Damit sind die Regierungen in die Zwangslage versetzt, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen.

Die deutsche Sozialdemokratie, die von jeher die heftigste Gegnerin der fünfjährigen Wahlperioden war, kann einen Beschluß der Regierungen, der gleich die erste dieser Perioden gewaltsam abkürzt, nur begrüßen. Der Vorgang beweist, daß fünfjährige Wahlperioden in einer Zeit rapider Entwickelung aller Verhältnisse wie in der unsern, ein Widersinn sind und es deshalb eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstags sein wird, die gegenwärtige Bestimmung über die Wahlperioden zu ändern.

Der Hauptstreitpunkt in dem bevorstehenden Wahlkampf wird aber die Forderung der Regierungen bezüglich der Verstärkung der Heeresorganisation sein. Unsere Stellung zu derselben ist klar. Wir lehnen sie ab aus den Gründen, die bereits bei der ersten Lesung der Vorlage seitens unserer Redner entwickelt wurden und bei der zweiten Lesung derselben eine weitere Darlegung finden werden. Was wir an Stelle der bisherigen Militärorganisation setzen wollen besagt unser Programm.

Aber die Militärvorlage ist nicht die einzige Frage, welche die Wähler bei den bevorstehenden Wahlkämpfen zu beschäftigen hat. Die Wahl des neuen Reichstages erfolgt abermals auf fünf Jahre. Die Wähler haben also das lebhafteste Interesse über der Militärvorlage nicht zu vergessen, daß ihr Wohl und Wehe auf allen anderen Gebieten der Reichsgesetzgebung ebenfalls in Frage kommt und momentlich die sozialen Uebelstände, welche die übergroße Volksmehrheit bedrücken, zu einer Lösung drängen.

Es ist kein Zweifel, daß die weitesten Schichten der Bevölkerung in einem Zustand hochgradiger Unzufriedenheit und Unruhe sich befinden, für welche die Opposition gegen die Militärvorlage nur ein Symptom ist. Aus diesem Grunde wird das Verlangen nach grundlegenden Aenderungen der politischen und sozialen Organisation unserer Gesellschaft immer heftiger und nachhaltiger sich geltend machen.

Es wird also die bevorstehende Reichstagswahl weit über den Rahmen der Militärvorlage hinaus für die Zukunft der gesamten Nation von entscheidender Bedeutung sein.

Parteigenossen! Unter solchen Umständen erwächst für uns, die deutsche Sozialdemokratie, die Pflicht, unter äußerster Aufbietung aller unserer geistigen, materiellen und physischen Kräfte dahin zu wirken, daß der Ausfall der Wahlen ein für unsere Sache möglichst günstiger werde.

In den großen sozialen und politischen Kämpfen, die in den nächsten fünf Jahren bevorstehen, fällt unserer Partei die angreifende und führende Rolle zu, und soll sie dieser Aufgabe gerecht werden, dann muß die Aufwendung der äußersten Kraftanstrengung vom ersten bis zum letzten Mann in unseren Reihen gefordert werden.

Parteigenossen! Darum auf zum Kampf!

Organisiert rasch und unverzüglich, wo zu organisieren noch notwendig ist.

Sammelt Mittel. Kein Opfer darf gescheut werden, um unseren Zweck zu erreichen. Stellt schleunigst Eure Kandidaten auf, wo es noch nicht geschehen ist. Vermeidet aber Doppelkandidaturen.

Was uns, die Unterzeichneten betrifft, wir werden thun, was die Pflicht von uns fordert. Wir werden insbesondere Sorge tragen, daß Euch rechtzeitig das Agitationsmaterial zugestellt wird, das für eine erfolgreiche Führung des Wahlkampfes notwendig ist. An unterwesendem Material, Flugblättern 2c. soll es nicht fehlen. Was die Agitation durch Versammlungen anlangt, so versteht es sich von selbst, daß alle rednerischen Kräfte der Partei sich für die Dauer des Wahlkampfes der Gesamtheit zur Verfügung stellen. In der Hauptsache aber wird es darauf ankommen, daß in erster Linie die Kandidaten der einzelnen Wahlkreise selbst den Wahlkampf führen, und sich nicht zu viel auf auswärtige Redekräfte verlassen.

Parteigenossen! Denkt daran, daß die bevorstehende Wahlschlacht in der ganzen Kulturwelt mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt wird, daß insbesondere unsere Genossen in allen Ländern der Erde mit Spannung dem Kampfe folgen, den die deutsche Sozialdemokratie unter ihrem alten sturmerprobten Banner führt.

Und nun Parteigenossen! Frisch auf zu Kampf und Sieg!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 19. April 1893.

Der Partei-Vorstand.

Auer. Bebel. Fischer. Gerisch. Singer.

Arbeitslohn und Unternehmergewinn.

M. Eines der Argumente, welches die litterarischen Handlanger des Kapitals anwenden, um die Angriffe gegen die heutige kapitalistische Produktionsweise zu parieren, ist die Behauptung, daß auf den einzelnen Arbeiter ein sehr geringer Mehrbetrag an Lohn fallen würde, wenn der Unternehmergewinn fortfiele, dessen Notwendigkeit und Berechtigung andererseits die Herren Arbeitgeber für ihre angeblichen, nach ihrer Meinung besonderen geistigen Eigenschaften zur Anspornung und Leitung der Produktion, sowie als Entschädigung für das in das Unternehmen gesteckte Kapital als unbestreitbar erachten.

Selbstverständlich werden die Zahlen, mittelst deren die Schreibknechte des Unternehmertums der Sache ein „wissenschaftliches" Mäntelchen umhängen, aus Industriebranchen genommen, in denen die Profite für die Unternehmer am niedrigsten stehen. Ein Verfahren, welches uns nicht befremdet, obwohl es, wenn auch kein Betrug, so doch eine Täuschung des Publikums ist; es liegt das nun einmal in ihrem Blute, ist ihnen sozusagen mit auf die Welt gegeben.

Fassen wir nun beispielsweise die vom letzten Jahr bis jetzt bekannt gewordenen Rechenschaftsberichte der Eisenindustrie ins Auge, so ergiebt sich ein von jenen Machwerken grundverschiedenes Bild. Trotz der gegenwärtig gerade nicht glänzenden Konjunktur in diesem Produktionszweige, haben die Unternehmer respektable Gewinne erzielt, während der Verdienst der Arbeiter bedeutend gesunken ist. Es mußte das so kommen, weil die Arbeitgeber fort und fort bestrebt waren, die Löhne zu reduzieren, ohne daß die Arbeiter solcher Handlungsweise den gebührenden Widerstand entgegenstellen konnten, was wohl ihrer schwachen gewerkschaftlichen Organisation mit zuzuschreiben ist, da leider ein großer Teil es nicht für notwendig erachtet, sich derselben anzuschließen.

Unter den Betrieben, welche den meisten Gewinn erzielt haben (35 Prozent Dividende ohne Abschreibungen und dergleichen), befindet sich auch wieder die Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei. Was haben denn nun aber dieselben zur Erzielung solcher Resultate geleistet? Soweit sie nicht an der technischen Leitung der Fabrik teilgenommen, rein garnichts und trotz alledem solchen Verdienst! Wenn nun die Verteidiger der heutigen Gesellschaftsordnung darauf hinweisen, daß der Unternehmergewinn ein für den einzelnen wohl ins Auge fallender Betrag, auf die Masse der Arbeiter verteilt aber so wenig ausmache, daß dieselben fast garnichts davon verspürten, so zeigt schon die Profitrate der Aktionäre von der Hallischen Maschinenfabrik und Eisengießerei, daß dem nicht so ist. Wäre der Verdienst der Aktionäre in die Taschen der betreffenden Arbeiter geflossen, sie würden sicherlich inne geworden sein, um wieviel mehr sich ihr Lohn gesteigert hätte.

Faßt man nun weiter das Ergebnis der Gesamtproduktion der Nation ins Auge, also den Gesamt Unternehmergewinn, und vergleicht diesen mit den Gesamtlöhnen, so ergiebt sich, daß dem Kapital die größere Hälfte des Produktionsertrages zufließt. Zieht man ferner in Betracht, daß sich unter den Löhnen die Gehälter der Leiter und einer mehr oder weniger großen Anzahl von Elementen (Reisenden, Aufseher 2c.) befinden, deren Löhne in gar keinem Verhältnisse zu ihren Leistungen stehen und wovon also auch noch ein bedeutender Teil auf die eigentlichen Lohnarbeiter entfallen würde, so ist das Resultat noch bedeutend anders.

Ein solcher Zustand der Dinge ist geradezu gemeingefährlich und die Arbeiterklasse hat gewiß alle Veranlassung, die Beseitigung eines derartigen Zustandes und zwar so bald als möglich zu wünschen.

Die Sozialdemokratie fordert daher, um gerechte Verhältnisse herbeizuführen, die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine gesellschaftliche. Alsdann käme der gesamte Ertrag der Produktion auch der Gesamtheit zu gute und nicht den Kapitalisten, wie das heute der Fall ist. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wäre dann beseitigt.

Es handelt sich aber nicht allein um die Frage, ob der oder die Unternehmer den Arbeitern einen etwas größeren oder kleineren Teil ihres Arbeitsertrags als Risikoprämie und „Entbehrungslohn" nehmen, — welche Prozedur unter verschiedenen Vorwänden gemacht wird, — sondern der wichtigste Punkt in der ganzen Angelegenheit ist, daß durch die Aufhäufung jener den Kapitalbesitzern zufallenden Produktionserträge einer kleinen Gruppe von Personen die thatsächliche Macht über die Masse des Volkes gegeben ist, woran die freiesten politischen Institutionen und schönsten Verfassungen nichts ändern. Um wieviel stärker sogar die Kapitalmacht ist, als die sogenannte Staatsgewalt, haben wir bei den kaiserlichen Erlassen hinsichtlich der Aufbesserung der Lage der Arbeiter gesehen und erleben wir noch heute fast alle Tage unter verschiedenen Gebilden. Der kleinen Kapitalistenklasse ist unter den jetzigen Verhältnissen die Möglichkeit gegeben, das Volk in einem steten Zustand des Hangens und Bangens für den morgigen Tag und in weiterer Folge davon in Abhängigkeit (ob als freiwillige Bediente oder murrende Sklaven ist gleich) zu halten. Die Kapitalisten verstehen es, von dieser Möglichkeit den ausgiebigsten Gebrauch zu machen; wer sich muckst, fliegt aufs Straßenpflaster, für die nicht Ordre Parierenden kennen sie kein Erbarmen.

Auch wenn die Profitrate für den Unternehmer nicht höher ausfiele, als daß ihm ein anständiger Lohn für seine (wirklichen oder vermeintlichen) Dienste damit zukäme, so wäre dies dennoch kein Grund, um gegen die Einführung eines besseren Gesellschaftszustandes zu sein, in welchem die Produktion eine geregelte ist, jeder arbeitsfähige Mensch seinen Posten ausfüllt und nicht Gefahr läuft, wegen „Ueberpro-

---

11]

Blaublut.

Sozialer Roman von Edmund Schröpel.

[Nachdruck verboten.]

„Du sollst die Wahrheit erfahren," versichert der Russe, indem er dem Freunde warm die Hand drückte. Raschen Schrittes eilte Kasimir Zerowsky seiner Wohnung zu.

Als er daselbst angelangt war, trat ihm im Korridor ein Mann, der offenbar auf ihn gewartet hatte, entgegen.

„Durchlaucht, ich komme im Auftrage Seiner Durchlaucht des Fürsten Iwan Kuralowsky, Ihres Herrn Bruders, der Sie bitten läßt, sich sofort zu ihm zu bemühen. Er liegt schwer krank darnieder und will Ihnen die Hand der Versöhnung reichen. Verlieren Sie keine Zeit, sonst könnte es zu spät werden, der Wagen steht bereit."

Kasimir Zerowsky trat auf den Mann, der diese Worte mit Hast gesprochen hatte, zu und indem er es versuchte, den Ueberbringer einer solchen Botschaft in dem Dunkel näher ins Auge zu fassen, sagte er in geringschätzendem Tone:

„Ah! Sie sind es — Graf Postatzky; folgen Sie mir auf mein Zimmer!"

„Mein Fürst, Ihr Herr Bruder kämpft bereits mit dem Tode," wagte der Graf einzuwenden.

„Ich muß, bevor ich zu meinem Bruder gehe, noch mit Ihnen sprechen. Kommen Sie!" befahl Zerowsky im strengen Tone.

Er öffnete eine auf den Gang führende Thüre und die beiden Männer traten in das Arbeitszimmer des russischen Schriftstellers.

Zerowsky zündete eine Hängelampe an und befahl dem in steiger Haltung bei der Thür stehen gebliebenen Grafen Postatzky näher zu treten.

„Fürchten Sie nichts Graf, ich werde Sie nicht züchtigen für ihre elende Verräterei, da ich mich nur befudeln würde," sagte frostig Zerowsky, den zitternden Grafen verächtlich anblickend. „Ihre Handlungsweise war keines Edelmannes würdig," fuhr Zerowsky im strengen Tone fort, „gemeiner Geldgier halber haben Sie Ihre Bundesgenossin, welchen Sie auf Ihr Ehrenwort geschworen, daß Sie treu zu denselben halten werde, verraten!"

„Mein Fürst, nicht gemeine Geldgier war der Beweggrund, daß ich zum Verräter wurde," entgegnete mit fester Stimme Graf Postatzky.

„Ho, ha!" rief Zerowsky höhnisch auflachend aus. „Also welcher Beweggrund war es denn, der Sie zu solch einem schurkischen Gebahren veranlaßte?"

„Ich liebte mit wahnsinniger Leidenschaft Ihre Braut, Alexis Kaledowna, und diese Liebe mein Fürst, war es, welche mich dazu trieb, meinen begünstigten Nebenbuhler zu verderben!"

„Was! Sie liebten Alexis Kaledowna!" rief Zerowsky aus, indem seine Augen in einem düsteren unheimlichen Feuer glänzten, „ist Alexis — Ihre — Frau?" entrang es sich mühsam seiner Brust.

„Leider — nicht! — Alexis Kaledowna liebte und liebt noch jetzt nur einen, — und dieser eine sind Sie mein Fürst!"

„Alexis, mein gutes, süßes Mädchen, liebt mich noch? Sie ist mir treu geblieben? Postatzky sprechen Sie, wo ist sie," jubelte Zerowsky.

„Alexis verließ ein Jahr nach Ihrer Verbannung ihr Vaterland, das sie haßte," berichtete der Pole, „Sie machte ihre kleine Habe zu Geld und begab sich, wie ich nachher zufällig von einem polnischen Emigranten erfahren, nach Paris, woselbst sie in der Erinnerung an Sie und der Hoffnung auf Ihre Zurückkunft von ihrer Hände Arbeit leben soll."

„Also in Paris ist meine teure Braut? — O hätte ich das früher gewußt. Können Sie mir Ihre Adresse angeben," fragte Zerowsky lebhaft.

„Nein mein Fürst, der mir befreundete Pole erfuhr nur, daß sie in Paris lebe. Die Adresse war ihm unbekannt. Doch jetzt mein Fürst," fügte er hinzu, „bitte ich Sie, mich zu Ihrem Bruder zu begleiten, denn ich muß es Ihnen nochmals wiederholen, es könnte sonst zu spät werden."

Ohne mehr ein Wort zu verlieren, warf Zerowsky seinen Rock um, ergriff seinen Hut und die beiden begaben sich hinab und fuhren in rasender Eile durch die hell erleuchteten Straßen der Villa Arve zu.

* * *

Die Villa Arve bot ein düsteres Bild der Trauer dar. Die Domestiken schlichen unhörbar mit finsteren Mienen hin und her, um ihre Dienstleistungen zu verrichten. Das sonst so rege Treiben in der Villa war verstummt, da es niemand wagte, die Stätte der tiefsten Trauer nur durch ein einziges lautes Wort zu entweihen.

Vollständige Dunkelheit umgab die Villa. Nur aus einem Balkonfenster drang ein schwacher Lichtschimmer hervor. Dieser kam aus dem Salon, wo Katharina, die so früh verblühte Mädchenknospe, auf einem prachtvollen Katafalk aufgebahrt lag. Das Opfer eines jähzornigen Tyrannen. —

Dieser lag, seine glanzlosen Augen starr auf die Thür geheftet, in seinem Schlafzimmer. Sein schwerer und keuchender Atem, sowie einzelne halblaute, unverständliche Ausrufe verrieten, daß aus diesem herkulischen Körperbau noch nicht alles Leben gewichen war.

In einer Ecke des Gemaches, das durch ein sehr gedämpftes Licht matt erleuchtet war, saß der Kammerdiener des Fürsten.

„Petrowitsch, ist Postatzky — mit — mit — Kasimir noch nicht da? Geh — hole ihn — Kasimir — ich muß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930421-15/fragment/page=0001

Aktion' auf die Straße geworfen zu werden, während er und so viele Millionen seiner Schicksalsgenossen so gerne in gewohnter Weise auf Grund redlicher Arbeit von jenem Ueberfluß weiter konsumieren möchten!

Die Verleumder unserer Parteibestrebungen können sich freilich garnicht denken, daß die ganze Lohnfrage eine solche ist, daß von ihr lediglich unter dem heutigen Produktionssystem die Rede sein kann. Die Zukunftsstaatsdebatten im Reichstag haben so recht klar die Unwissenheit unserer Gegner auf diesem Gebiet zu tage gefördert. In der sozialistischen Gesellschaft handelt es sich um diese Frage durchaus nicht. Die Gesellschaft produziert zu dem Zweck, um dem gesamten Volke ein den jeweilig herrschenden Bedürfnissen entsprechendes, möglichst angenehmes und gesichertes Dasein zu verschaffen. Der Produktionsertrag — der durch Regelung der Produktion ein genau dem Bedarf entsprechender sein wird — kommt zur gerechten Verteilung und es wird niemand sein, der wegen zeitweiligen Mangels an Beschäftigung in seiner Branche auf den Hunger-Etat gesetzt wird.

Möge daher jeder Arbeiter, jeder wahre Menschenfreund eifrig bestrebt sein, die heutige widersinnige Produktionsweise, aus der nur Not und Elend für die Massen entspringt, beseitigen zu helfen, um an ihre Stelle die gesellschaftliche Produktionsweise zu setzen.

Politische Rundschau.

Im Reichstage wurde gestern ein von dem Abg. Rintelen eingebrachter Gesetzentwurf betr. die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen beraten. Eine Diskussion hatte bei der früheren Verhandlung vor mehreren Monaten schon stattgefunden und war damals ein Schlußantrag gestellt worden, bei dessen Abstimmung sich aber die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte. Bei der gestern wiederholten Abstimmung wurde die Diskussion geschlossen. Die Verkündigung dieses Beschlusses (es waren etwa 50 Abgeordnete anwesend, von denen ca. 30 für den Schluß stimmten) erregte lebhafte Heiterkeit. Es folgte die Beratung eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung und Ergänzung des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes und der Straf-Prozeß-Ordnung, zu welchem von unserer Seite die Abg. Heine und Stadthagen sprachen. Ein weiterer Antrag Munckel wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern übergeben.

Ueber den Gesetzentwurf, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, ist der Kommissionsbericht erschienen. Die Kommission empfiehlt mit 8 gegen 3 Stimmen die Annahme des in einzelnen Punkten abgeänderten Regierungsentwurfs. Die Kommission hat aus eigener schöpferischer Kraft einen neuen Strafparagraphen hinzugefügt. Derselbe enthält das Verbot des Verkaufs von Lotterielosen, Inhaberpapieren mit Prämien oder Bezugs- oder Anteilscheine auf solche Lose oder Inhaberpapiere gegen Teilzahlungen. — Selten, so schreibt der Abgeordnete Richter hierzu, ist uns ein Kommissionsbericht von solcher Oberflächlichkeit zu Gesicht gekommen, wie der Bericht über diese wichtige Materie. Die wirtschaftlichen Seiten der Frage sind in dem Bericht fast garnicht erörtert, obwohl gerade in dieser Beziehung ein reichhaltiges Material der Kommission vorlag.

Schutz den Wüstlingen! Der Kommissionsbeschluß in Sachen der lex Heinze, wonach „Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, welche unter Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses, insbesondere durch Androhung oder Verhängung von Arbeitsentlassung, von Lohnverkürzung oder von anderen mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden Nachteilen oder durch Zusage oder Gewährung von Arbeit, von Lohnerhöhung oder von anderen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Vorteilen ihre Arbeiterinnen zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen, mit Gefängnis bestraft werden", trifft den Nagel auf den Kopf. Denn die Bourgeoispresse schäumt über von sittlicher Entrüstung. Die „Freis. Zeitung" wendet allen Ernstes dagegen ein, strafrechtliches Vorgehen gegen solch einen Schubiak schädige seine Autorität in der eigenen Familie. Die „National-Zeitung", das Organ der Schlotbarone und Börsenjobber, winselt: „Solcher Mißbrauch kommt zwar in den Feuilleton Romanen sozialdemokratischer Blätter sehr häufig vor; im Leben aber dürfte, wo er behauptet wird, die Sache sehr häufig so liegen, wie in vielen der „Verführungs"-Fälle (bei denen nach der „Nat.-Ztg." „gegenseitige Uebereinstimmung obwalte"). Die Notwendigkeit einer derartigen Schutzbestimmung leugnet kein unbefangener Kenner der einschlägigen Verhältnisse. Daß es den Hintermännern der Geldsackblätter sehr peinlich ist, in ihren Harems-Gelüsten gestört zu werden, leuchtet ein. Warum auch den „Oberen Zehntausend" ihre kleinen Freuden stören? Es sind ja nur Proletarierweiber, die darunter leiden.

Für Bismarcks Aeltesten, den Grafen Herbert Bismarck, als zukünftigen Reichstagsabgeordneten, machen die „Hamb. Nachr." auf höhere Veranlassung ausgiebige Reklame. Danach soll der berühmte Sohn des berühmten Vaters zur Vertretung der „Not des Lebens" und der „Not der Landwirtschaft" besonders geeignet sein; er sei unabhängig und ohne Fraktionsstreberei. Also ganz wie der Vater, der freilich nicht ein einziges Mal im Reichstag die „Not des Lebens" rc. vertreten hat. Ein Bismarck als Volksvertreter — der Einfall ist sehr gut für den 1. April, heute kommt er verspätet.

Zur Lage in Belgien. Daß die Schuld an den Ausschreitungen in Belgien nicht auf seiten der Ausständigen liegt, sondern durch agents provocateurs mit allen möglichen Mitteln künstlich erzeugt wird, geht aus einer Spezialkorrespondenz der „Frkf. Ztg." deutlich hervor. Der Korrespondent hat einem großen Meeting der Ausständigen persönlich angewohnt, und sagt: „Die sämtlichen Anwesenden waren lauter ganz gemütliche Leute, denen es garnicht einfällt, irgend jemandem etwas zu leide zu thun. Auch die Redner sprachen zwar scharf, hielten aber keineswegs, wie es in den Bourgeoiszeitungen hieß, sogenannte Brandreden. Sie ermahnten lediglich zum Aushalten und warnten vor jeder Gewalt. Der Rückmarsch in die Stadt erfolgte ganz ruhig, bis plötzlich die zahlreich aufgestellte reitende Gendarmerie ansprengte und auf die Leute einhieb, ohne andere erkennbare Ursache, als weil ein paar Dutzend gepfiffen hatten."

Wie die Polizei vorgeht. Ein Arzt, der mehrere Verwundete verbunden hat, meldet die „Reforme", erklärt, daß alle von der Polizei und den Gendarmen Verwundeten die Verletzungen im Nacken oder im Rücken haben, was beweist, daß sie von hinten angegriffen worden sind, auf der Flucht.

Die Gegner der Wahlreform bemühen sich, durch verlogene, aufgepuffte, übertriebene Nachrichten die Bewegung für das allgemeine Stimmrecht zu diskreditieren. Man nehme alle diese Mitteilungen der Depeschenbüreaus und der Bourgeoiszeitungen mit der allergrößten Vorsicht auf!

Dem „Vorwärts" wird von seinem Spezial Berichterstatter mitgeteilt, daß am Montag nachmittag in Brüssel tiefer Friede herrschte. Nur eine Anzahl zertrümmerter Schaufensterscheiben erinnerten an die blutigen Szenen der vorhergehenden Tage. In den Arbeitervierteln sah es am Abend etwas bewegter aus. Unser belgisches Bruderorgan „Peuple" brachte die ersten Nachrichten über ein Gemetzel in Mons. Hier war es die Bürgergarde, die ihr Mütchen an den Arbeitern kühlte. Am Dienstag wurde in der Kammer der Antrag Nyssen angenommen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Allgemeines Stimmrecht für alle Männer vom vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahre an, die ein Jahr am Orte wohnen.

Eine weitere Stimme erhalten alle diejenigen, die an einer höheren Schule das Abiturientenexamen bestanden haben (etwa 60 000).

Eine weitere Stimme erhalten alle Eigentümer von 2000 Franks an.

Eine weitere Stimme erhalten alle Ehemänner vom fünfunddreißigsten Lebensjahre an, falls sie 5 Franks direkte Steuer zahlen.

Der Generalrat der Arbeiterpartei beschloß darauf die Aufhebung des Generalstreiks, doch ist die Ruhe noch nicht vollständig wieder hergestellt.

Serbien. Der Kaiser von Rußland und der Fürst von Montenegro haben dem König Alexander Glückwünsche zu dem Staatsstreich gesandt. Von dem Anlaß zu dem Staatsstreich erfährt man, daß ein Agent von Ristitsch eines aus Nizza an einen früheren serbischen Minister in Paris gerichteten Briefes habhaft wurde, worin der Plan der serbischen Radikalen, nicht nur die Regentschaft, sondern auch den König Alexander zu stürzen und die Dynastie Karagiorgiewitsch auf den Thron zu berufen, entwickelt wurde. Der Agent gab diesen Brief dem Exkönig Milan, um dessen Hilfe gegen die Radikalen für die Regenten zu erwirken; Milan aber erschrak vor der seinen Sohn und die Dynastie bedrohenden Gefahr, ließ die Regentschaft im Stich und riet seinem Sohn und seinen Anhängern, die Regenten abzusetzen und mit den Radikalen gemeinsame Sache zu machen. Also ein Staatsstreich aus Angst!

Etwas vom „großjährigen" Könige der Serben. Nachdem sich das Kind für großjährig erklärt, ist es auch die höchste Zeit, daß er heiratet. Der Herrscher aller Reußen hat das Geschäft übernommen, ihm eine Braut zu besorgen, und so wird binnen kurzem die Verlobung stattfinden.

Soziale Uebersicht.

— **Aus Dresden** liegen Angaben über die Arbeitslosigkeit im Steinmetz-Gewerbe auf Grund einer für die Zeit vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892 seitens der gewerkschaftlichen Organisation aufgenommenen Statistik vor. Das „Sozialpolitische Zentralblatt" berichtet darüber:

Von den 387 Mann, welche die Fragebogen benützten, waren 218 Mann insgesamt 11 414 Tage arbeitslos, durchschnittlich auf den Mann $52^2/_3$ Tage (1889 waren es $24^1/_3$, 1890 $20^4/_5$ und 1891 $51^1/_2$ Tage). 132 Arbeitslose waren verheiratet, diese waren 6391 Tage arbeitslos, im Durchschnitte jeder $48^1/_2$ Tage. Ledig waren 86 Arbeitslose mit zusammen 5020 arbeitslosen Tagen oder pro Mann $52^1/_2$ Tagen. Im Sommerhalbjahr hatten von den Verheirateten 52 Mann zusammen 769 arbeitslose Tage oder pro Mann 15 Tage. Im Winterhalbjahr hatten 124 Mann 5625 arbeitslose Tage, durchschnittlich $45^1/_3$ Tage pro Mann. Von den Ledigen hatten im Sommerhalbjahr 27 Mann 431 arbeitslose Tage, pro Mann $19^1/_3$ Tage. Im Winterhalbjahr hatten 80 Mann insgesamt 4589 arbeitslose Tage, durchschnittlich pro Mann $57^2/_3$ Tage. Es waren arbeitslos im Winterhalbjahr:

Bis	zu	10	Tagen	23	Mann	gleich	10,55	Proz.
„	„	20	„	31	„	„	14,22	„
„	„	30	„	33	„	„	15,14	„
„	„	40	„	13	„	„	6,00	„
„	„	50	„	26	„	„	12,00	„
„	„	60	„	10	„	„	4,59	„
„	„	70	„	6	„	„	2,75	„
„	„	80	„	21	„	„	9,63	„
„	„	90	„	13	„	„	6,00	„
„	„	100	„	11	„	„	5,00	„
„	„	130	„	13	„	„	6,00	„
„	„	150	„	6	„	„	2,75	„
„	„	180	„	4	„	„	1,84	„

16 Mann waren krank, ohne arbeitslos zu sein. 103 Mann hatten arbeitslose Tage nicht verzeichnet.

Als Wanderunterstützung wurde vom 1. Oktober 1891 bis 30. September 1892 an 149 Mann die Summe von 344 M. gezahlt.

— **Weibliche Büreauarbeiter in Frankreich.** Bis 1870 gab es, Lehrerinnen abgerechnet, nur 5—6000 weibliche Angestellte in Frankreich. Seither aber haben sich diese auf mehr als als 40 000 vermehrt. Gegenwärtig zählt man 5353 Frauen, die kleinen Post- und Telegraphenämtern vorstehen, 1060 Telegraphistinnen sind in 21 Städten angestellt. In 69 Städten haben die Sprechleitungen 745 weibliche Angestellte. Die Hauptverwaltung der Post in Paris beschäftigt 545 Frauen, die Hauptverwaltung der Sparkassen 425. Beide Verwaltungen, so berichtet die „Vossische Zeitung", sind gesonnen, ihre weiblichen Angestellten noch bedeutend zu vermehren, sie überall anzubringen, wo Männer nicht unumgänglich notwendig sind. Die weiblichen Angestellten haben sich hier vortrefflich bewährt, besonders für das kleinere Rechnungswesen und Abschreiben. (!) Bei der Post sind im ganzen schon 8128 Frauen beschäftigt. Die Bahngesellschaften sind ebenso günstig für sie gestimmt. Die Ostbahn zählt 3082 weibliche Angestellte bei der Hauptverwaltung, an den Schaltern der Bahnhöfe, bei der Verwaltung der Zinsen und Bahnpapiere, Leitung der Bahnhofswirtschaften und Beaufsichtigung der Haltestellen. Die Nordbahn zählt 2790, die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn 5728, die Westbahn 3508, alle Bahnhofskassen und Schalter sind Frauen anvertraut. Die Paris-Orleansbahn zählt 4358, die Südbahn 2502, die Staatsbahn 2112. Zusammen also 24 080 Frauen, die im Bahndienst angestellt sind. Mit den 8128 weiblichen Angestellten der Post macht dies 32 208. Nach diesen zählen die meisten

---

mit ihm sprechen!" Diese Worte kamen mühsam über die Lippen des Kranken.

Petrowitsch wurde einer Antwort enthoben, da auf dem Korridor leise Schritte hörbar wurden, die sich der Thüre näherten. Diese wurde geöffnet und Graf Postatzky trat in Begleitung Kasimir Zerowskys ein.

„Bist Du endlich da?" rief Fürst Iwan. Seine Stimme war matt und seine Hände, die er Kasimir Zerowsky, der sich zögernd dem Kranken näherte, entgegenstreckte, zitterten. „Reich mir die Hand!" Kasimir Zerowsky that es, doch wendete er sein Gesicht ab.

„Danke Bruder — setze Dich."

Postatzky rückte einen Lehnstuhl zu dem Krankenlager des Fürsten und Zerowsky nahm Platz. Sodann gab Fürst Iwan dem Grafen einen Wink, worauf sich dieser mit dem Kammerdiener aus dem Krankenzimmer zurückzog.

Abermals ergriff der Fürst die Rechte Kasimirs und indem er ihn mit flehenden Blicken ansah, sagte er mit leiser zitternder Stimme:

„Kasimir — ich muß sterben. Doch bevor ich aus dem Leben scheide, habe ich noch das Verlangen, ja es ist meine Pflicht, Dich für die Unbill, welche ich Dir widerfahren ließ, um Verzeihung zu bitten. — Kasimir — kannst Du mir verzeihen und vergessen?"

Kasimir blickte mit düsterer Miene zu Boden. Seine mächtige Bewegung, die an ihm zu erkennen war, bewies, daß in seinem Innern ein schwerer Kampf tobte, doch ein Blick in die vor Schmerz verzerrten Gesichtszüge des Leidenden, in denen sich eine ängstliche Erwartung ausprägte, bewog Kasimir, dessen Herz zu edelmütig war, der Bitte seines sterbenden Bruders zu willfahren.

„Wenn es Dich beruhigt und Dir das Scheiden aus dem Leben dadurch erleichtert wird, so will ich Dir verzeihen; — doch vergessen kann ich es nie, da ich mir in der Verbannung nur zu oft gelobt habe, das mir widerfahrene Unrecht nicht ungerächt zu lassen, jedoch galt mein Schwur bloß dem Lebenden und nicht dem Sterbenden. — Deine Schuld Iwan gegen mich war groß. — Du zerstörtest mein Lebensglück, vernichtetest meine Ehre und machtest mich zum heimatslosen Flüchtling!"

„Ja die Schuld," sagte der Kranke ächzend in dumpfem Tone, — „die Schuld, welche als Sühne das Leiden verlangt. — Ja Kasimir ich leide schwer — sehr schwer — auf mir lastet — das entsetzliche Bewußtsein — der Mörder — meines einzig geliebten Kindes — meiner Katinka zu sein!"

Kasimir Zerowsky sprang auf, sah seinen kraftlos in die Kissen zurücksinkenden Bruder entsetzt und betroffen an und rief:

„Was — Du hast Katinia gemordet?!"

„Nein! — nein — nicht — gemordet; — doch setze Dich und höre. Ich will Dir alles — alles erzählen — und dann — verdamme mich!" stieß der Kranke mühsam hervor.

Zerowsky nahm abermals Platz und der Fürst begann nun in abgerissenen Sätzen, mit größter Anstrengung, wahrheitsgetreu, den Auftritt mit seiner Tochter an dem verhängnisvollen Morgen beim Frühstückstische und dessen schrecklichen Folgen zu erzählen. Er ließ nichts unerwähnt und schloß mit den Worten: „Nun Kasimir — bin — ich wirklich — der — Mör . . ."

Plötzlich war Fürst Kuralowsky verstummt. Seine verzerrten Gesichtszüge wurden kreidebleich und seine Augen verglast. Da Zerowsky vermutete, daß der Tod an seinen Bruder herangetreten sei, sprang er rasch auf und setzte die Glocke in Bewegung. Graf Postatzky mit dem Kammerdiener und dem Arzte traten ein.

Der letztere, welcher rasch an das Krankenlager des Fürsten herangetreten war, konstatierte nach längerer Untersuchung, daß der Fürst infolge einer unerwartet eingetretenen Herzmuskellähmung verschieden sei. Nachdem Kasimir mit dem Grafen Postatzky noch eine längere Unterredung hatte, bei welcher die beiden verschiedenes, bezüglich der Ueberführung der beiden Leichen nach Petersburg, wo dieselben in der Familiengruft der Kuralowsky beigesetzt werden sollten, besprochen hatten, fuhr er in seine Wohnung zurück.

XIV.

In einem kleinen, bescheiden eingerichteten, aber sehr freundlichen Zimmer, welches eine Beamtenwitwe an Doktor Heinrich Schewing vermietet hatte, saß dieser teilnahmslos und in düsteres Brüten versunken beim Frühstückstische. Sein bleiches übernächtiges Antlitz und die in ihren Höhlen tief eingesunkenen Augen bewiesen, daß er die Nacht durchwacht habe. Das Frühstück, welches ihm die Dienstmagd schon vor längerer Zeit gebracht hatte, war noch unberührt.

Er wurde durch ein leises Klopfen aus seinem tiefen Sinnen emporgeschreckt. Unwillig über diese Störung wandte er sich der Thür zu und rief:

„Herein!"

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

Auch nicht übel. In einem Dorfe im Kanton Neuenburg wurde ein neues Haus aufgerichtet; da war auch ein verheirateter Berner dabei behilflich. Dieser hatte das Unglück, vom Dachstuhl bis in den Keller herunterzufallen, wo er bewußtlos liegen blieb. Seine Kameraden besorgten ihn, so gut es ging, und schickten einen, der seine Frau davon benachrichtigen sollte, damit der Schrecken sie nicht zu sehr überrasche. „Seht, gutes Fraueli, es ist Euerem Mann ein Unglück begegnet, es wird aber bald wieder besser sein." — „Was ist ihm denn begegnet?" — „Er ist gefallen." — „Wo denn?" „He, beim Aufrichten ist er vom Dachstuhl gefallen." — „Ganz abe?" — „Ja, bis in den Keller." — „Es ist grusam schad, daß kei Pinte (Kneipe) isch unterwegs gsi, süsch wär er mi Treu dort ihe gheit (eingekehrt)."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930421-15/fragment/page=0002

weiblichen Angestellten: Französische Bank, Comptoir d'Escompte, Credit Lyonnais, Credit Foncier, Stempel- und Tabakverwaltung. Viele Geschäftshäuser vertrauen ihre Kasse einer Dame an. Buchführung ist indessen weniger ihre Sache. Wie erbärmlich nimmt sich gegenüber solchen Zahlen der spießbürgerliche Grundsatz aus, daß die Frau ins Haus gehöre. In der That wird sie demselben durch unsere wirtschaftliche Entwicklung immer mehr entzogen und greift in die Thätigkeit der Männer ein, gleichwie der Mann gegenwärtig schon vielfach Arbeiten verrichtet, die früher zu den ausschließlichen Obliegenheiten der Frau gehörten. Die Interessen der Geschlechter sind also im Prinzip die gleichen und erheischen gemeinsame Bestrebungen.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung vom 18. April, 1 Uhr.

Der Antrag Auer (soz.) u. Gen. auf Einstellung des gegen den Abg. Kunert beim Schweidnitzer Amtsgericht anhängigen Verfahrens wird genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs betr. Bestrafung des Verrats militärischer Geheimnisse.

In § 1 der Vorlage wird bestimmt: „Wer vorsätzlich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, oder Nachrichten solcher Art in den Besitz oder zur Kenntnis eines andern gelangen läßt, wird, wenn er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 15 000 M. erkannt werden kann.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungsstrafe nicht unter 6 Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu 10 000 M. erkannt werden kann.

Abg. Dr. v. Bar (freis.): Der vorliegende Entwurf hat bereits eine lebhafte Erörterung hervorgerufen. Insbesondere wurde die Schärfe der Bestimmungen bemängelt, wonach nicht nur der Verrat militärischer Geheimnisse bestraft, sondern auch jede öffentliche Diskussion militärischer Angelegenheiten unmöglich gemacht worden ist. In einem solchen Gesetz dürfen nicht die allgemeinen Grundsätze überschritten werden, welche die Kriminalpolitik festgesetzt hat. Der Gesetzgeber darf nicht solche Handlungen bestrafen, welche vom Bewußtsein des Handelnden garnicht als strafbar anerkannt werden. Der Entwurf der Regierungen ist den schwersten Bedenken ausgesetzt, welche die Kommission etwas zu mildern gesucht hat.

Die Bestimmungen des § 1 sind viel zu unbestimmt und allgemein. Schon früher sind Prozesse in solchen Sachen angestrengt worden, weil man das Interesse des Reiches gefährdet glaubte. Das Reichsgericht hat eine solche Annahme nicht für gerechtfertigt erklärt. Solche Prozesse würden sich bei Annahme der Vorlage noch vermehren. Dem wollen wir vorbeugen, indem wir dem § 1 eine präzisere Fassung geben wollen. Wir beantragen, daß die Strafe eintreten soll, wenn jemand vorsätzlich und mittels Begehung einer strafbaren Handlung oder Anwendung besonderer List von militärischen amtlich geheim gehaltenen und im Interesse der Landesverteidigung Geheimhaltung erfordernden Plänen, Zeichnungen, Erfindungen, Schriften, Anordnungen, Einrichtungen oder Gegenständen sich Kenntnis oder Besitz verschafft, imgleichen, wer solche Kenntnis oder in Anlaß eines ihm mittelbar oder unmittelbar erteilten amtlichen Auftrags erlangt hat und vorsätzlich diese Kenntnis oder diesen Besitz einem andern übermittelt.

Das weitere möge in der Kommissionsfassung bleiben. Sehr schwerwiegend ist auch das Bedenken, daß wir ein solches Repressivgesetz nur schwer werden wieder beseitigen können. Der § 2, nach welchem jeder mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft werden soll, der „außer dem Falle des § 1 vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände oder Nachrichten der daselbst bezeichneten Art in den Besitz oder zur Kenntnis eines andern gelangen läßt", ist viel zu dehnbar. Auch diesen Paragraphen wollen wir genauer fassen und beantragen eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren oder gleiche Festungshaft für jeden, der „vorsätzlich und mittels Begehung einer strafbaren Handlung oder mittels absichtlicher falscher Angabe oder Verheimlichung seiner Lebensstellung, mittels Verkleidung, mittels Benutzung der Trunkenheit oder Angetrunkenheit eines andern oder sonst durch besondere List sich Kenntnis oder Besitz von militärischen amtlich geheim gehaltenen und im Interesse der Geheimhaltung erfordernden Pläne u. s. w. verschafft." Ich bitte um Annahme der Anträge.

Abg. Stadthagen (soz.) hält das drakonische Gesetz nicht für berechtigt, zumal das Deutsche Reich auch ohne eine solche Vorlage 23 Jahre hindurch existiert habe. Wenn wir auch in einem militärischen Staate leben, dürfte doch nicht alles einseitig vom militärischen Gesichtspunkt beurteilt werden. Die Folge der Bestimmungen würde die sein, daß sich solche Fälle, wie der Geffcken Fall, vermehren. Auch würden Veröffentlichungen, wie die des bekannten Erlasses des Herzogs Georg von Sachsen im „Vorwärts", die durchaus nützlich und notwendig seien, unmöglich sein. Das aber ist es, was man mit diesem Gesetz beabsichtigt. Man will diese Veröffentlichungen hindern. (Als Redner auf einen besonderen Fall von Verrat militärischer Geheimnisse des näheren eingeht, wird er vom Vizepräsidenten Grafen Ballestrem zunächst ermahnt, bei § 1 zu bleiben, und als er trotzdem den Fall weiter behandelt, zur Sache, und als er demgegenüber bemerkt, er glaube zur Sache zu sprechen, zur Ordnung gerufen.) Das Gesetz stelle einen Eingriff in die Preßfreiheit dar. Die kleinen Verbesserungen des Abg. v. Bar verschlügen nichts. (Beifall bei den Sozialdemokraten.

Staatssekretär Hanauer (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) weist darauf hin, daß die bestehende Gesetzgebung, welche nur den Verrat von Staatsgeheimnissen bestrafe, sich als nicht ausreichend erwiesen habe und daß in den Nachbarstaaten ähnliche Gesetze bereits bestünden.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Sozialdemokraten sind zu einer unparteiischen Beurteilung garnicht fähig. Sie suchen sich etwas heraus, woran ein Unbefangener gar keinen Anstoß nimmt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Auch mir erscheint die Bestimmung sehr hart, daß auch derjenige mit Zuchthaus bestraft werden soll, welcher „den Umstände nach annehmen muß", daß durch seine Mitteilung die Sicherheit des Deutschen Reichs gefährdet werden würde, ferner daß auch die Verbreitung „von Nachrichten", deren Geheimhaltung erforderlich ist, bestraft wird. Ich beantrage diesen Passus zu streichen.

Abg. Schneider (Hamm; natl.): Grade der Fall Geffcken, der hier mehrfach angeführt ist, beweist, daß eine Verurteilung auf Grund des § 1 garnicht leicht sein wird: denn es muß festgestellt werden, daß subjektiv bei dem Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit seines Vorgehens vorhanden gewesen ist. Der Antrag Bar würde das bereiteln. Ich bitte deshalb um seine Ablehnung.

Geheimrat Frhr. v. Seckendorff spricht gegen die Streichung des vom Abg. Gröber erwähnten Passus.

Abg. Schrader (freis.): Die Einbringung der Vorlage rührt zum Teil daher, daß eine gewisse Nervosität bei unseren Militärs gegenüber militärischen Einrichtungen Platz gegriffen hat. Ich bin überzeugt, daß manche Einrichtungen geheim gehalten werden, deren Geheimhaltung garnicht notwendig ist. Ganz sicher kann in dies Gesetz hineininterpretiert werden, daß z. B. die Veröffentlichung des Erlasses des Herzogs Georg die Sicherheit des Reichs gefährde. Allerdings könnte ja etwas beruhigen der Umstand, daß die Rechtsprechung in den Fällen, die durch dies Gesetz berührt werden, beim Reichsgericht ist. Aber der Fall, daß das Reichsgericht mehrere Monate gebraucht hat, um festzustellen, daß durch die Geffckensche Veröffentlichung nicht das Interesse des Reichs gefährdet sei, gibt doch zu denken. Der arme Geffcken hat Monate hindurch im Gefängnis geschmachtet. Das gebietet doch bei der Herstellung eines solchen Gesetzes zu möglichster Vorsicht. Diesem Bedürfnis kommt unser Antrag nach. Sollte derselbe abgelehnt werden, dann werden wir zunächst für den Antrag Gröber stimmen, den wir für eine Verbesserung halten.

Abg. Heine (soz.) bestreitet dem Abg. Gröber das Recht, über die Handlungsweise der Sozialdemokraten in der Weise abzuurteilen, wie dieser es gethan. Dessen Ausführungen beweisen nur, daß am wenigsten die Juristen fähig seien, solche Gesetze zu machen (Heiterkeit). Wäre beim Fall Geffcken bereits diese Vorlage Gesetz gewesen, dann wäre Geffcken sicher verurteilt worden. Die Zentrumsleute müßten doch auch wissen, daß ihnen gegenüber die Gesetze anders ausgelegt worden, wie andern gegenüber. Redner erzählt, ihm sei von einem Soldaten ein in Dienstangelegenheiten betreffender Brief übergeben worden. Er sei aufgefordert worden, den Brief herauszugeben, sei der Aufforderung jedoch nicht nachgekommen. Darauf sei bei ihm eine Haussuchung nach jenem Brief abgehalten worden. Wenn damals dies Gesetz in Geltung gewesen wäre, wäre er sicher zu Zuchthaus verurteilt worden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Bar (freis.) empfiehlt nochmals seinen Antrag. Wenn die Vorlage angenommen werden sollte, dann wäre die Mitgliedschaft der Militärkommission gefährlich werden. Mindestens der Gröbersche Vorschlag müsse angenommen werden. Der Ausdruck „Nachrichten" sei wirklich äußerst dehnbar. Auch mit der Feststellung der Absicht seien im Strafrecht eigentümliche Erfahrungen gemacht.

Abg. Stadthagen (soz.) meint, schon bei den bisherigen Gesetzen seien Uebelstände vorgekommen. Wolle man nach Annahme dieses § 1 dem noch weiteren Vorschub leisten? Bei den Zuständen, wie sie jetzt herrschten, könne man allerdings nicht ruhig bleiben.

Abg. Gröber (Zentr.) erklärt, keinen einzelnen Abgeordneten namhaft gemacht zu haben. Aber wenn man hier anführe, durch die Vorlage würden lediglich öffentliche Mitteilungen über Soldatenmißhandlungen verhindert, dann höre die Diskussion auf. (Ruf: Geffcken!)

Staatssekretär Hanauer betont, daß diese Vorlage mit dem Fall Geffcken überhaupt nichts zu thun hat.

Damit schließt die Erörterung.

Nur der Vorschlag Gröber auf Streichung der Worte „oder Nachrichten solcher Art" und „oder den Umständen nach annehmen muß" gelangt zur Annahme. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.

Nunmehr wird über den § 1, wie er sich nach Annahme des Antrags Gröber gestaltet hat, auf Antrag des Abg. Singer (soz.) namentlich abgestimmt. Dafür stimmen 153 dagegen 57 Abgeordnete (Freisinnige, Sozialdemokraten, Volkspartei), § 1 ist also angenommen.

§ 14, der die Zuständigkeit des Reichsgericht für die im Gesetz genannten Vergehen festsetzt und bestimmt, daß die Militärgerichtsbarkeit hierdurch nicht berührt werde, wird vom Abg. Stadthagen (soz.) in längeren Ausführungen bekämpft. Redner wird vom Präsidenten wiederholt zur Sache, und da er dieser Anordnung nicht nachkommt, zur Ordnung gerufen. Er führt dann aus, die Soldaten würden schon jetzt bestraft, lediglich weil sie Sozialdemokraten seien. Das werde sich ändern, wenn dieser Paragraph Gesetz werde. Wenigstens müßten die Worte: „Die Militärgerichtsbarkeit wird hierdurch nicht berührt" gestrichen werden.

Entgegen diesem Antrag wird § 14 unverändert genehmigt.

Damit ist die zweite Lesung des Entwurfs beendigt.

Ein Antrag auf Vertagung wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Nunmehr wird namentlich über den § 302a der Wuchergesetznovelle (Bestrafung des Sachwuchers) abgestimmt. Die Abstimmung konnte bereits in der vorigen Woche wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses nicht stattfinden. Auch diesmal ergab sich wieder bei Anwesenheit von nur 167 Mitgliedern die Beschlußunfähigkeit.

Am Mittwoch 1 Uhr kommen Initiativanträge, darunter der Antrag, betr. die Entschädigung unschuldig Verurteilter, zur Verhandlung.

Schluß 6 Uhr.

Parteinachrichten.

— Maifeier. In Teuchern bei Weißenfels wird die Maifeier Sonntag den 30 April abgehalten, weil sonst ein großer Teil der Arbeiter, und namentlich der Bergleute, sich nicht daran beteiligen könnte. In Frankfurt a. O. ist am Abend des 1. Mai eine Versammlung, am 7. Mai ein Ausflug; in ähnlicher Weise wird das Fest in Brandenburg gefeiert (der öffentliche Umzug ist auch dies Jahr verboten worden). In Neu Weißensee bei Berlin wird am Abend des 1. Mai eine Versammlung nebst Kommers abgehalten. In Rixdorf ist am Abend des 1. Mai Versammlung, am 7. Mai ein Fest. Die Breslauer Parteigenossen halten das Fest am 30. April in Oswitz ab; die Saalfelder am 7. Mai.

— Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage haben weiter stattgefunden in Fischbach bei Koburg (Ref. Hüll-Erfurt), Grimma (Ref. Thiele-Wurzen), Mannheim (Ref. Reichstags-Abgeordneter Dreesbach), Weil in Baden (Ref. F. Helms), Nieder Olm und Zornheim (Ref. Landtags-Abgeordneter Müller-Darmstadt), Auma (Ref. Schulze-Jena).

— Das Protokollbuch des sozialdemokratischen Wahlvereins in Charlottenburg wurde dieser Tage auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Es handelt sich hierbei um Feststellungen in einem gegen den Vorstand des Vereins schwebenden Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 20. April 1893

Der Magistrat bringt in anbetracht der beginnenden militärischen Uebungen zur Kenntnis, daß die nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 den Familien eingezogener Wehrleute und Reservisten für die Dauer der von letzteren abgeleisteten Friedensübungen zustehenden Unterstützungsbeträge im Militärbüreau — Rathausgasse 17, I, Zimmer 85 — zur Auszahlung kommen, und sind bezügliche Ansprüche unter Vorlegung der Militärpässe bei dieser Dienststelle anzumelden. Eine Prüfung der Bedürftigkeit findet nicht statt.

Eine öffentliche Versammlung, welche besonders von jungen Leuten gut besucht war, fand gestern abend im „Kühlen Brunnen" statt. Genosse Hofmeister legte den Anwesenden in längerer Rede den Zweck und Nutzen der Organisation klar, worauf die Versammlung beschloß, eine Organisation ins Leben zu rufen. In der Diskussion sprachen sich einige Genossen für und gegen Gründung eines neuen Vereins aus; empfohlen wurde speziell die Gründung einer Filiale zu dem Berliner „Verband der Geschäftsdiener, Packer u. Berufsgen.", da ein Lokalverein seine Mitglieder polizeilich anmelden müsse, was bei einem Verbandsverein nicht nötig sei. Es wurde alsdann eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche der nächsten Versammlung, die am Freitag den 28 April abends 9 Uhr wieder im „Kühlen Brunnen" stattfinden soll, eine Vorlage zu unterbreiten hat. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Das Concordiatheater ist neuerdings, wie wir vor kurzem schon gemeldet haben, wieder für das Spezialitätenfach in Benutzung genommen und verdient der gegenwärtige Spielplan auch alle Anerkennung, sowohl was die Reichhaltigkeit desselben, als auch die Leistungen, namentlich der artistischen Künstler betrifft. Mr. Charles Tchy, der sich durch seine Produktionen auf der Stuhlpyramide gut einführt, leistet „als Schlangenmensch" an Gliederverrenkungen Außerordentliches. Ihm zur Seite steht würdig das Gisella Trio mit seinen Tricks am schwebenden Trapez, wobei noch hervorzuheben ist, daß Miß Marguerita, ein Mitglied desselben, in ihren selbständigen Produktionen als Lustvoltigeuse an der Himmelsleiter und am schwebenden Ring den Beweis liefert, daß auch das sogen. „schwache Geschlecht" in bezug auf Mut und Gewandtheit dem „starken Geschlecht" gleichkommen kann. Staunenerregend wirken die „Arbeiten" des preisgekrönten Athleten und Steinschlägers Mr. Kourinsky, der zuerst mit der mit einer Gurte umwickelten, dann mit der bloßen Hand gewöhnliche Feldsteine im Gewicht von 1 bis 3 Kilogramm zerschlägt, das die Stücke nur so fliegen. Außerdem schlägt der „Gewaltige" mit etwa zwei Zentimeter starken Eisenstangen über die Muskeln seines Oberarmes, daß sich die Stangen biegen und von ihm, zum Teil ohne besonders sichtliche Anstrengung, über seinem Rücken geknickt werden. In anbetracht solcher Leistungen kann es denn auch nicht überraschen, daß unser Held, ein Mann im ergrauten Haar, in aller Gemütsruhe 100 M. Prämie demjenigen zusichert, der mit gleichen Fähigkeiten auftreten kann. Der gesangliche Teil des Spielplans ist in mancher Beziehung weniger günstig ausgestattet, doch dürfen wir nicht unterlassen, neben der „fescheu" munteren Kostüm-Soubrette Frl. Elli Smolm, die jugendlichen Geschwister von Korff lobend zu erwähnen, die einesteils in Zithervorträgen, andererseits durch ihre frischen stimmlichen Mittel sich die Gunst des Publikums zu erobern verstehen. Herr Kap Umeister Sänger dürfte in anbetracht der ihm zur Verfügung stehenden zahlreichen Kräfte noch Aussicht auf manchen Erfolg haben, doch erscheint zunächst bei der Begleitung der Gesangsvorträge etwas mehr Diskretion wünschenswert, wodurch dem gesamten Spielplan die verdiente günstige Aufnahme nur noch mehr zugesichert werden könnte.

Laut einer Bekanntmachung des Leihamts sind von den in den Monaten Oktober, November und Dezember 1891 versetzten und erneuerten Pfändern, welche die Pfandnummern 96 881 bis 110 910 trugen und worüber die Pfandscheine in gelbem Druck ausgestellt sind, nachdem die Pfänder in der Zeit vom 9. Februar bis 4. März veranktioniert wurden, die Ueberschüsse in der Zeit vom 15. April d. J. bis 14. April 1894 bei der Kasse des Leihamts gegen Rückgabe der Pfandscheine und gegen Quittung abzuheben. Die nicht abgehobenen Ueberschüsse verfallen unnachsichtlich dem Reservefonds des Leihamts bezw. der Orts-Armenkasse.

Gefunden und bei der Polizei abgegeben sind in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. nachfolgende Gegenstände: 1 Reisedecke, 1 Klemmer, Regenschirme, 1 schwarzes Tuch, 2 Goldstücke, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 2 Kriegsdenkmünzen, 1 goldenes Kreuzchen, 1 schwarzer Spitzenshawl, 1 kleine Schatulle, 1 Granatkreuz und 1 braunes Ledertäschchen. In derselben Zeit sind daselbst als verloren gemeldet: 1 goldene Halskette, 1 Brillantring, 1 brauner Handschuh und 1 goldener Klemmer. Die Eigentümer der als gefunden bezeichneten Gegenstände haben ihre Rechte innerhalb der nächsten drei Monate im Polizei-Sekretariat IV, Rathausgasse 17, Zimmer 87, des Polizei Verwaltungsgebäudes geltend zu machen.

Von durchgehenden Pferden überfahren wurde gestern abend gegen 5 Uhr in der Liebenauerstraße der Oekonom Bolze und ein Kind des Schlosser Finke. Ersterer war von den ihm gehörenden Pferden, welche Kartoffeln nach dessen Acker gefahren hatten und mit dem leeren Wagen vor den Schulen standen und welche, nach Meinung des in dem Wagen beschäftigten Kutschers, durch ein Geräusch scheu gemacht, sich hoch aufbäumten, bei dem Versuch sie aufzuhalten niedergeworfen worden, wonach Pferde und Wagen ihm mitten über den Leib gingen. Erst nach einiger Zeit wurde derselbe von Nachbarn aus der dort noch sehr öden Straße aufgehoben und auf einen herbeigebrachten Stuhl gesetzt, bis er in einer endlich sich hierzu herbeilassenden Droschke nach zirka 3/4 Stunden in sehr bedenklichem Zustande nach der Klinik geschafft wurde. Das Kind, welches in einem Wägelchen sich befand, war von dem in schärfster Gangart davonsausenden Gefährt aus demselben geschleudert und am Kopfe sehr schwer verletzt, der Wagen selbst demoliert. Ein Mädchen trug das Kind in einer Schürze davon; man nahm allgemein an, daß dasselbe auch kaum wieder zu sich kommen würde. Die Pferde rasten inzwischen auf der ziemlich steil abfallenden Straße durch die Hochstraße, woselbst sie auf einen an der Ecke der Beesenerstraße bis an die Kellerfenster gediehenen Neubau losstürzten, von den dort gerade an der Einfahrt zum Bau beschäftigten Maurern jedoch glücklicherweise verscheucht wurden. Sie machten eine Schwenkung nach der Beesenerstraße zu, wodurch der Wagen so weit herumgeschleudert wurde, daß sich eins der Hinterräder am Bauzaun verfing. Die Pferde stürzten übereinander weg und verwickelten sich dermaßen im Geschirre, daß erst das ganze Riemenzeug zerschnitten werden mußte, um dieselben wieder frei zu machen. Den Pferden schien außer Verletzungen an den Mäulen kein Schaden geschehen zu sein. Der Wagen hatte Radbruch erlitten. Das Unglück ist insofern noch gut verlaufen, daß von den sonst in der stillen Hochstraße zahlreich spielenden Kindern keins beschädigt wurde und daß die durchgehenden Pferde von den Maurern noch rechtzeitig bemerkt wurden. Es würden jedenfalls bei dem Sturz in den Bau auch von den Arbeitern einige verletzt worden sein.

In Delitzsch findet die Maifeier am Sonntag dem 30. April in folgender Weise statt. Von nachmittags 3 Uhr ab Gesangs- und Instrumental Konzert, abends lebende Bilder, Ball und Festrede, welche vom Genossen Albrecht-Halle gehalten wird. Die Genossen unseres Kreises, welche nicht in der Lage sind, eine Maifeier zu veranstalten, sind hiermit zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 19. April. (5. Strafkammer.) Ein Unbändiger. Ein Jahr Gefängnis und 8 Tage Haft waren dem wegen mehrerer Gewaltthätigkeiten vorbestraften Arbeiter Heinrich Schulle aus Bitterfeld, 34 Jahre alt, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verübung groben Unfugs vom Schöffengericht zu Bitterfeld zudiktiert worden, wogegen der Verurteilte Berufung eingelegt hatte. Am 4. August v. J. hatte der Angeklagte mit dem Handelsmann Baumgart in Bitterfeld auf der Straße ein Rekontre gehabt, wobei der erstere ziemlich laut geworden war, was seine Erbitterung durch den Polizeisergeanten Thiemig zur Folge hatte. Nachdem Thiemig des Angeklagten Personalien in einem Restaurant festgestellt, hieß er denselben nach Hause gehen. Dieser Aufforderung leistete der Angeklagte aber nicht Folge, sondern blieb am Platze, wo die Skandalszene stattgehabt, stehen, so daß der Sergeant Thiemig noch öfteren Wiederholen seiner Aufforderung schließlich zur Arretur schritt. Anfänglich ging der Arrestant ruhig mit, je näher er aber der Haftgelle im Rathause kam, um so widerspenstiger wurde er, so daß es dem Sergeanten mit knapper Not gelang, den Angeklagten weiter zu bringen. Am Rathaus angelangt, versuchte der Widerspenstige zu entweichen und schlug auf den Sergeanten ein, so daß selbigem, wie er angiebt, Hören und Sehen verging. Dem Schulle handfest in anzulegen, war auch mit Hilfe eines hinzugekommenen Sergeanten nicht möglich. Er wurde in eine Zelle geschleppt, wo er sich dann schließlich gelang, ihn zu fesseln. Diese Fesselung hielt aber nicht lange vor; denn als die Sergeanten kaum den Rücken gekehrt hatten, fing der Angeklagte an zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930421-15/fragment/page=0003

hoben und hatte mittelst Steinen, die aus einem in der Haftzelle befindlichen Ofen herausgerissen waren, seine Handschellen zerschlagen. Mit diesen Steinen begann der Angeklagte sodann die Thür der Haftzelle zu bombardieren. Als die Sergeanten, nachdem sie Verstärkung erhalten hatten, die Thür öffneten, sprang der Angeklagte auf sie zu und schlug wie ein Wilder mit Steinen in den Händen um sich. Einem hinzugekommenen Büreauassistenten gab er einen Stoß, daß selbiger gegen den Ofen flog und der Ofen einstürzte. Nach langem Herumbalgen wurde der Widerspenstige durch Niederdrücken auf den Fußboden endlich dingfest gemacht. Der Angeklagte behauptete, von dem Sergeanten Thiemig erst mißhandelt worden zu sein, weshalb er sich betreffs seiner Widersetzlichkeit in Notwehr befunden. In diesen Angaben wurde dem Angeklagten von einem Zeugen beigepflichtet, während mehrere andere Zeugen das Gegenteil bekundeten. Die vom Angeklagten eingelegte Berufung wurde antragsgemäß verworfen und selbigem die Kosten auferlegt. — Der Kaufmann Hugo Rosenthal aus Berlin, geb. zu Potsdam, welcher gegenwärtig in Plötzensee eine 3jährige Gefängnisstrafe wegen Betrugs in 18 Fällen verbüßt, war noch in eine andere Betrugssache verwickelt, von welcher er aber vom hiesigen Schöffengericht für nichtschuldig erklärt und freigesprochen worden, wogegen die Staatsanwaltschaft, um die die Bestrafung des Angeklagten herbeizuführen, Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte war am 2. September 1891 bei dem Schneidermeister Borrmann in Döllnitz mit baumwollener Schundware (Unterjacken und Unterbeinkleider), womit so oft bei leichtgläubigen Personen erfolgreich Schwindel getrieben wird, erschienen, und Borrmann hatte nach längerem Zureden 4 Dutzend Unterjacken und Unterhosen zum Preise von 168 M. auf einen Wechsel übernommen. Der Angeklagte hatte Borrmann durch Anpreisung seiner „reellen Ware", wovon das Stück einen reellen Wert von 3.50 M. und einen Verkaufswert von 5 M. haben sollte, zum Kaufen zu bestimmen versucht. Als aber Borrmann die Ware in Berlin brachte, merkte er, daß er bedeutend minderwertige Ware erhalten, die in anderen Geschäften das Stück zu 2 M. zu haben war. Kaufmann Aßman als Sachverständiger bestätigte auch, daß der reelle Wert der Ware höchstens 1.50 M. pro Stück betrage. Borrmann war durch die Uebernahme auch erheblich geschädigt worden, indem er den nach der einlaufenden Wechsel nicht einlösen konnte, weshalb ihm im Wege der Zwangsvollstreckung jene Jacken und Hosen für 49 M. wieder abgenommen worden sind. Das Schöffengericht hatte den reisenden Verkäufer freigesprochen, weil es nicht als erwiesen erachtet hatte, daß selbiger sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen beabsichtigte, da es keinem Kaufmann verwehrt werden könne, seine Waren so teuer als möglich zu verkaufen. Die Staatsanwaltschaft meinte, daß die Vorspiegelung des Angeklagten darin liege, daß er den reellen Wert auf 3.50 M. pro Stück angegeben und beantragte deshalb eine Zusatzstrafe von 6 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof verwarf aber die Berufung mit dem Hinweis, daß das Verfahren des Angeklagten wohl moralisch verwerflich, aber nicht strafbar sei, da dem geschädigten nur ein Anspruch, den er auf zivilrechtlichem Wege einzuklagen habe, zustehe. — Pfiffig angefangen hatte es der Schneider Albert Ehrling aus Giebichenstein, um sich auf leichte Art und Weise der Schuld von einem Monat Milchzins zu entledigen; bei einem gerichtlichen Nachspiel war der Angeklagte aber doch hineingefallen. Ehrling schuldete nämlich vom vorigen Sommer dem Vermieter Handelsmann Wünsche 9.75 M. Zins, weswegen letzterer Exmission angeordnet und Ehrling wegen genanntem Betrag verklagt hatte. Am Abend des 3. August erschien der Angeklagte mit dem Kleber Karl Schulz in Wünsches Wohnung mit dem Bemerken, Schulz würde ihm, dem Angeklagten, den Gefallen thun und die restierenden 9.75 M. bezahlen. Schulz bestätigte diese Angabe und zeigte dabei ein Zehnmarkstück vor mit dem Bedeuten, Herr Wünsche möge nur einstweilen die Quittung anfertigen, dann werde er bezahlen. Als aber von Wünsche die Quittung ausgestellt war, nahm Ehrling rasch das Quittungsbuch und sagte: „So, nun ist's gut!" währenddem Schulz sich mit dem Gelde aus dem Staub zu machen versuchte. Nach langem Umherbalgen gelang es aber Wünsche, das Buch zu erlangen und mit Hilfe seiner Frau den Schulz zur Herausgabe der 10 M. zu bewegen, worauf er diesem 25 Pf. zurückgab. Ehrling hatte dann in Wünsches Laden mit einem Messer in der Hand riesigen Skandal gemacht und sich auf Wünsches Aufforderung nicht entfernt, wofür er vom hiesigen Schöffengericht wegen Betrugs und qualifizierten Hausfriedensbruchs zu 1 Monat Gefängnis und Schlie wegen Beihilfe zum Betrug zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Die von Ehrling allein eingelegte Berufung wurde verworfen.

Nah und Fern.

Ein Edelster und Bester. Mit Hinterlassung bedeutender Schulden ist seit Ende Dezember v. J. der konservative Landtags Abgeordnete für Gumbinnen 4 (Stallupönen, Goldap, Darkehmen) Rittmeister z. D. Konrad v. Oppen verschwunden.

Libau. Der zu so zweifelhafter Berühmtheit gelangte Name des Libauschen Mehl Lieferanten Puchert ist wieder aufgetaucht und man nehme sich deshalb in Acht. Kürzlich hatte die „Landwirtschaftliche Gesellschaft" in Minsk bei einer Diskussion der Frage von der Getreidefälschung erfahren, daß trotz aller Maßregeln der Regierung und der Landschaften die Zufuhr von Kornrade — Lolch — nach Libau absolut nicht abnimmt. Es wurde eine Kommission gewählt, die der Sache auf den Grund kommen sollte, und sie reiste nach Libau ab. Dort fand sie auf der Eisenbahnstation neunzehn Wagen, die mit fast reiner Kornrade beladen waren. „Wer ist der Absender dieser Ladung?" wurde gefragt. „Herr Puchert", war die Antwort. „Und wer ist der Empfänger derselben?" „Ebenfalls Herr Puchert", hieß es da wieder. Die erwähnte Kommission begab sich nun zu dem Herrn Puchert; dieser erklärte, daß die ganze Ladung für England bestimmt sei. Allein man glaubte es dem Herrn nicht und ging der Sache weiter auf den Grund; da konnte denn auch bald festgestellt werden, daß die Kornrade in Libau direkt auf die Mühle gebracht wird und zur Fälschung des Getreidemehls, das sowohl ins Innere Rußlands, wie ins Ausland geht, bestimmt ist. Das Mehl soll dadurch eine hellere Farbe erhalten und sich besser backen lassen.

Eine Mißgeburt, so schreibt die „Münchener Post", ist am letzten Sonnabend in Haidhausen vorgekommen: Dort schenkte die Frau eines Brauzehilfen einem Kinde das Leben, das halb als Hase, halb als Mensch zur Welt kam. Der Kopf des Kindes hat Gestalt und Aussehen eines Hasen, das ganze Gesichtchen ist vollständig behaart, die Ohren sind lang wie Hasenohren, statt der Finger und Zehen zeigen Arme und Füße nur Klauen. Das Zwittergeschöpf wurde alsbald einem Arzte übergeben; es muß, wenn es nicht selbst stirbt, natürlich zum Tode gebracht werden und wird sodann der Kuriositätensammlung im anatomischen Museum einverleibt. Die Mutter hat bereits zehn durchaus normalen Kindern das Leben gegeben, erst das elfte Kind erwies sich aus die beschriebene Mißgeburt.

Prag, 17. April. In Kolin und dessen näherer Umgebung wird die Hetze gegen die Juden nunmehr auch auf die Deutschen ausgedehnt. Vier Personen, welche die deutschen Kommandoworte eines Offiziers verhöhnten, wurden verhaftet. Die Dörfer in der Umgebung sind derartig aufgehetzt, daß die Juden mit Zurücklassung ihrer Habe flüchteten. Die Juden in Pardubitz und Czaslau baten um militärische Hilfe.

Frauenfeld (Schweiz), 17. April. Der Große Rat beschloß in seiner heutigen letzten Sitzung, den Initiativvorschlag betr. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel unverändert und ohne Gegenantrag dem Volke zur Entscheidung vorzulegen.

Büchertisch.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Doktor Heinrich Braun (Karl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich 2.50 Mark). Die soeben erschienene Nummer 29 enthält folgendes:

Inhalt: Sozialpolitische Maßregeln gegen die verbrecherische und verwahrloste Jugend. Von Dr. Ernst Rosenfeld. Der Stand der Vermögenssteuer in Preußen. Von Privatdozent Dr. J. Jastrow. — Soziale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsstatistik: Wirkungen des Alkoholmonopols in der Schweiz. Von Rechtsanwalt E. Ramsperger. Handwerkerkammern in Deutschland. Zur Handhabung des Arbeitsbuches. Amtliche Arbeits Nachweisstellen in Schlesien. Oeffentliche Arbeits-Nachweisämter in Ohio — Arbeiterzustände: Arbeitslosenstatistik. Abnahme des Fleischkonsums in Nürnberg. Frauenarbeit im französischen Handels- und Verkehrsgewerbe. Zur Lage der Minenarbeiter in Großbritannien. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Zum Streik der Dockarbeiter in Hull. — Arbeiterschutzgesetzgebung: Schutz der Arbeiterinnen in der Schweiz. Zur Reform des Arbeiterschutzes im belgischen Bergbau. — Arbeiterversicherung: Unfallhäufigkeit an verschiedenen Wochentagen. Arbeiterversicherung und Armenpflege in Berlin. — Kriminalistik: Versammlung der deutschen Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. — Schulwesen, Erziehungs- und Bildungsfragen: Der deutsche Historikertag und der Geschichtsunterricht. — Vermischtes: Zur sozialpolitischen Betrachtung des Kartenspiels.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 19. April.

Aufgeboten: Der Landwirt Dr. phil. Otto Rabe und Elisabeth Enze (Sophienstraße 19 und Königstraße 80). Der Post-Assistent Hugo Rippenrott und Hulda Meyer (Germanstraße 8 und Forsterstraße 2). Der Fabrikant Otto Jentzsch und Elisabeth Voigt (Halle und Jena). Der Versicherungsgesellschafts Generalagent Ernst Heime und Marie Uttner (Halle und Hannover).

Eheschließungen: Der Schauspieler und Sänger Karl Locher und Bertha Nedo (Gottesackergasse 12 und Großzsch). Der Schlosser Friedrich Kopp und Margarethe Stöfser (Albrechtstraße 4 und Harz 31). Der Schuhmacher Albert Schmidt und Amalie Denkewitz (Geiststr. 18 und Rathausgasse 3). Der Bodenarbeiter Karl Detemeyer und Elisabeth Teubner (Pfännerhöhe 27 und Beuchlitz).

Geboren: Dem Restaurateur Hermann Scholz ein S., Kurt Otto (Wilhelmstraße 49). Dem Former Eduard Eyser eine T., Minna Emma (Lerchenfeldstraße 10). Dem Schneidermeister Wilhelm Brandt ein S., Moritz Hermann Bernhard (Zinkergasse 12). Zwei uneheliche S., eine uneheliche T.

Gestorben: Der Kaufmann Bruno Jung, 57 J. (Kruckenbergstraße 13). Des Handarbeiter Hermann Hucke T. Marie, 17 Tage (Saalbeig 20) Mathilde Hüttr, 22 J. (Bahnhofstraße 11). Des Kohlgärtner Ernst Hoffmann T. Margarethe, 8 Mon. (Diemitz). Der Bauunternehmer Richard Hertel, 28 J. (Diakonissenhaus). Des königl. Stationsvorsteher-Einnehmer Richard Müller S. Hubert, 1 J. (Anhalterstraße 16). Die Witwe Christiane Stengel geb. Bolzt, 55 J. (Diakonissenhaus).

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Krüger, Halle.

Garantiert reine Naturbutter der Vereinigten Pommerschen Meiereien gr. Ulrichstrasse 38 zu billigstem Tagespreis.

Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.
Grundstein z. Einigkeit.
Freitag den 21. April abends 8 Uhr im Saale der Moritzburg
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1893. 2. Verschiedenes.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen Die örtliche Verwaltung.

Soeben erschien:
Der wahre Jakob Nr. 176 (Mainummer).
Mit einer Extra-Beilage: Maifest der Arbeiter.

Die Pflanzenwelt Heft 7.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Völbergasse.

Bäckerei-Eröffnung.
Mit heutigem Tage eröffne in Giebichenstein, Brunnenstr. 48 eine Brot-, Weiss- und Kuchen-Bäckerei.
Indem ich um gütige Unterstützung meines jungen Unternehmens bitte, zeichne
Hochachtungsvoll Herm. Hessler, Bäckermeister
große Brunnenstraße 48.

Soeben erschien Heft 11:
Illustrierte Weltgeschichte für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwickelung
von
J. G. Vogt,
4 Bände à ca. 35 Hefte
in wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfg.

Dieses prachtvoll ausgestattete Werk füllt eine längst empfundene Lücke in unserer Volksliteratur aus. Trotz des beispiellos billigen Preises kann es dem besten an die Seite gestellt werden, was in dieser Richtung bis jetzt erschienen ist. Ueber 1000 Illustrationen machen das Werk zu einem kostbaren Hausschatz. Für die Gediegenheit des geschriebenen Inhaltes bürgt der Name des rühmlichst bekannten Verfassers.
Die Geschichte ist und bleibt die allgemeinste und unentbehrlichste Unterlage alles Wissens!
Abonnements nimmt entgegen die
Volksbuchhandlung Halle a. S.,
Völbergasse.
Bestellungen nehmen alle Austräger des „Volksblatt" entgegen.
Bei unregelmäßiger Zustellung der Hefte ersuchen wir die Abonnenten sich an die „Volksbuchhandlung" zu wenden

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Die Alfred-Truppe (drei Damen und drei Herren), musikalisch-exzentrische Fantasten. — Mr. Bertel Letrepp, Bravour-Gymnastiker am vertikalen Seil. — Die Jonny-Bridgemans, exzentrische Komödianten. — Brothers Frank, Alf und Charles, Sitz-Akrobaten. — Frl. Dora Ebert, Liedersängerin und Soubrette. — Herr Max Frey, Gesangs-Humorist. — The Elton's, Exzentriker und Pantomimisten, mit ihrer „verunglückten Droschkenfahrt" (auf allgemeinen Wunsch weiter engagiert).
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater.
Heute
Große Gala Vorstellung des renommierten Magdeburg. Spezialitäten-Ensembles v. Fürstenhof-Prunksaal
Gastspiel des
Athleten und Steinschlägers
Mr. Kourinsky,
gen. der Mann mit der eisernen Faust
Derselbe schlägt alle Sorten Steine 1—3 Kilo schwer) mit der Faust entzwei, zerbricht Hufeisen, schlägt Eisenstangen krumm auf den Muskeln und trägt 1200 Pfd. Das verehrte Publikum wird gebeten, selbst Steine mitzubringen, damit jede Präparation ausgeschlossen ist.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Im Restaurant
Täglich von 8—12 Uhr Gesangsvorträge des neuengagierten Damen-Ensembles.
Solo- und Duettnummern humoristischen Inhalts
bei freiem Entree.

Freitag
Schlachtefest.
Wilke, Streiberstr. 30.
Empfehle gute Speisekartoffeln zu billigst. Preis.

Heute Donnerstag
Schlachtefest.
Gustav Franz, Beiserstraße 2.

Freitag
Schlachtefest.
Fr. Ebeling,
Dryanderstraße 18

Morgen Freitag
Schlachtefest.
F. Vetter, Martinsgasse 8.

Bernsteinfußbodenlack, mit Farbe à Pfd. 75 ₰ bei Georg Zeising, Kleinschmieden.

2024
Paar Stiefeln für Männer, bekannt gute Qualität per Paar 6 M
1005
Paar engl. Lederhosen immer nur noch per Paar 4 M, bekannt dauerhafte Ware
Große Posten Stoffhosen in ff. Mustern per Paar 3½, 4, 5, 6—7½ M
Herren-Anzüge in bekannt großer Musterauswahl, schneidig im Schnitt, zu allen Preisen.
Renners
Ein- und Verkaufsgeschäft
Leipzigerstrasse.

Strohhutlack,
braun, blau und schwarz,
Stofffarben
zum Selbstfärben der Kleidungsstücke,
Aufbürstfarben
empfiehlt billigst
Große Ulrichstraße 9 neben Mars-la Tour. F. A. Patz.

Kinderwagen, Reisekörbe
sowie alle anderen
Korbwaren
empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen
W. Leopold,
13 Mauergasse 13.

Merseburg.
Halte mein Mehl-, Viktualien- und Flaschenbier-Geschäft bei Bedarf bestens empfohlen bei außergewöhnlich billigen Preisen.
R. Ziesche, Roßmarkt 10.

Kräftiges Hausbackenbrot, sowie geschmackvolles Weißbrot liefert auf Wunsch frei ins Haus die Bäckerei Landwehrstraße 12 A. Hohndorf.

6 Pfd. Brot 50 Pf. Karlstr. 1.

Kartoffeln!!
Empfehle neue Sendung von mehreren Lowzys Magnum bonum u. Zwiebelkartoffeln à Zentner 2 M sowie ff. Neustädter und Kreuzkartoffeln, ferner die sehr mehlr. u. gutschmeck. Saatkartoffel „Saxonia".
O. Heller, Steinweg 32.

Friedrichs des Großen Gedanken über Religion.
Preis 70 ₰.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Völbergasse.

Größtes Lager aller Sorten u. Farben
Tuch-Rester
stets vorrätig, p. Mtr. v. 1.75 M an bei S. Frisch, gr. Ulrichstr. 48.

Fußbodenölfarbe à Pfund 40 ₰.
Georg Zeising, Kleinschmieden.

Brot. Mehrenbrot, Stück 45 ₰, sow. 5 Brötchen f. 10 ₰ empf. die Bäckerei Bernburgerstr. 16, Logirhaus.

Kartoffeln,
vorzüglich schön, auch zur Saat, in Zentner und im einzelnen am billigsten bei
Fritz Stühler, Grafeweg 10.

37 Pfund Brot für 3 Mark.
Giebichenstein, Brunnenstr. 29.

Kartoffeln.
Einige hund. Zentner Kartoffeln, gesunde und mehlreiche Ware, hochfein im Geschmack, sind eingetroffen.
Otto Reinicke, gr. Sandberg 18.

Ein tüchtiger umsichtiger
Dreschmaschinenschlosser,
der solche Maschinen selbständig bauen und mit der Montage in allen Teilen Bescheid weiß, wird gesucht. Arbeit dauernd.
Off. bef. die Exped. d. Bl. unter F. 44.

Mädchen von auswärts findet Dienst Näheres Viktoriaplatz 4, H. I.

Mädchen auf Mäntel, auch lernende, gesucht Spitze 5, Hof 3 Tr.

Junges Mädchen sucht Aufwartung od. leichten Dienst Weingärten 3a, H. p.

Ein junger Mensch v. 16 Jahr. wünscht Stelle als Laufbursche Böckstraße 4, III.

Wohn. für 65 Thlr. sof. oder später z. vermieten Moltkestraße 1 (Viktoriaplatz).

Heinrichstraße 11 part. St., K. und K. für 180 M z. 1. Juli an ruh. Leute z. verm.

Anständige Schlafstelle Albrechtstraße 4, sout.

Eine freundliche Kammer für eine Pers. zu vermieten Brunnengasse 12.

Schlafstellen offen, ohne Kost 2 M, mit Kost 5 M Schloßberg 1, part.

Schlafstellen offen Thorstraße 51, Vorderh. 2 Tr.

Anständige, freundliche Schlafstelle offen gr. Brauhausgasse 28, 2 Tr.

Schwarzer Pudel entlaufen. Wiederbringer erh. Belohn. Herrenstraße 5.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Grox, Halle. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930421-15/fragment/page=0004